

Fokus Niedersachsen

Unser Blickpunkt auf die Wirtschaft



Kommunalfinanzen unter Druck –

Ergebnisse einer IHK-Befragung von Unternehmen
und Kommunen zur Kommunalwahl 2026

August 2026



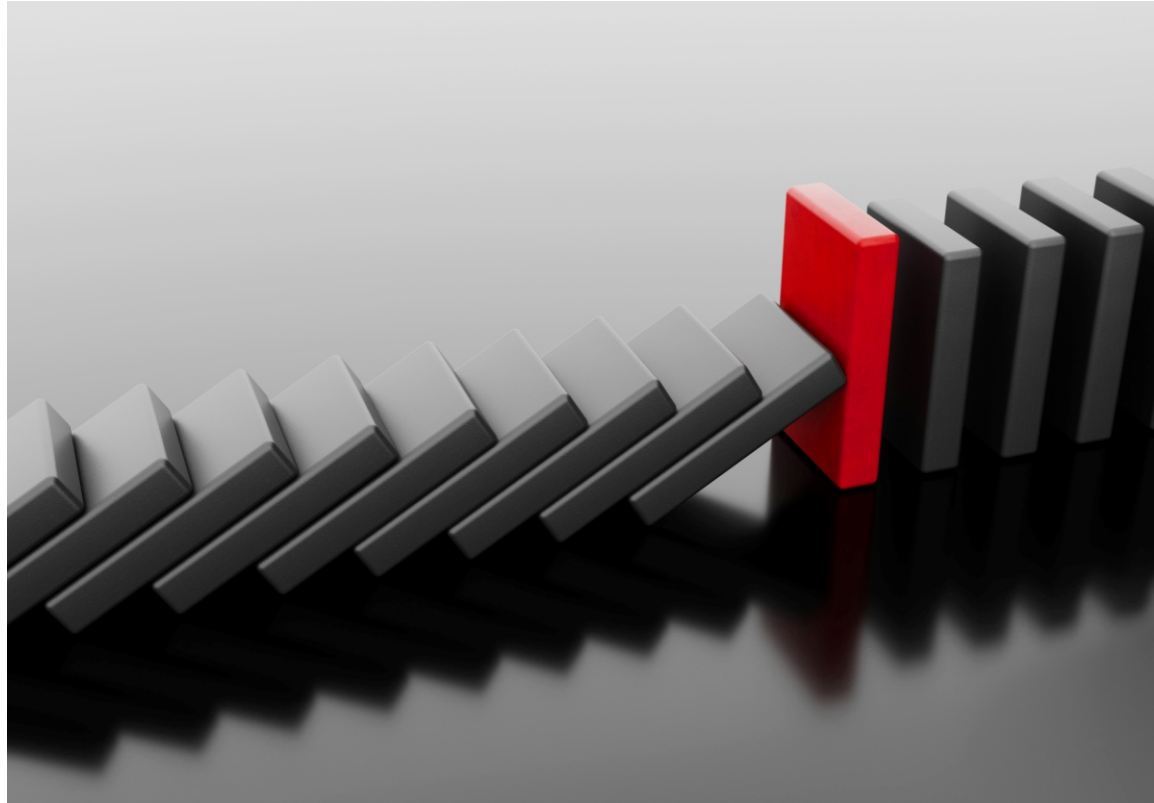
Wer wir sind

Die IHK Niedersachsen ist die Landesarbeitsgemeinschaft der sieben niedersächsischen Industrie- und Handelskammern:

- IHK Braunschweig
- IHK Elbe-Weser
- IHK Hannover
- IHK Lüneburg-Wolfsburg
- Oldenburgische IHK
- IHK Osnabrück - Emsland - Grafschaft Bentheim
- IHK für Ostfriesland und Papenburg

Sie vertritt mehr als 530.000 gewerbliche Unternehmen gegenüber Politik und Verwaltung.

Kommunal финанzen unter Druck – was Unternehmen und Kommunen berichten



Worum es geht:

Die finanzielle Lage der Kommunen ist längst kein rein haushaltspolitisches Thema mehr. Sie wirkt direkt auf die Standortbedingungen vor Ort – etwa über Steuern und Gebühren, Investitionen oder die Leistungsfähigkeit der Verwaltung. In einer Phase wirtschaftlicher Unsicherheit und tiefgreifender Transformation gewinnt die kommunale Ebene damit weiter an Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung.

Vor diesem Hintergrund haben die sieben niedersächsischen Industrie- und Handelskammern Kommunen und Unternehmen parallel befragt. Ziel ist es, die politische Diskussion zur Zukunft der Kommunalfinanzen im Vorfeld der Kommunalwahl 2026 zu bereichern und dafür mit den Umfrageergebnissen eine empirisch abgesicherte Grundlage zu liefern. Damit werden die Perspektiven von Kommunen und Unternehmen systematisch zusammengeführt, um Handlungsoptionen und Lösungen aufzuzeigen.

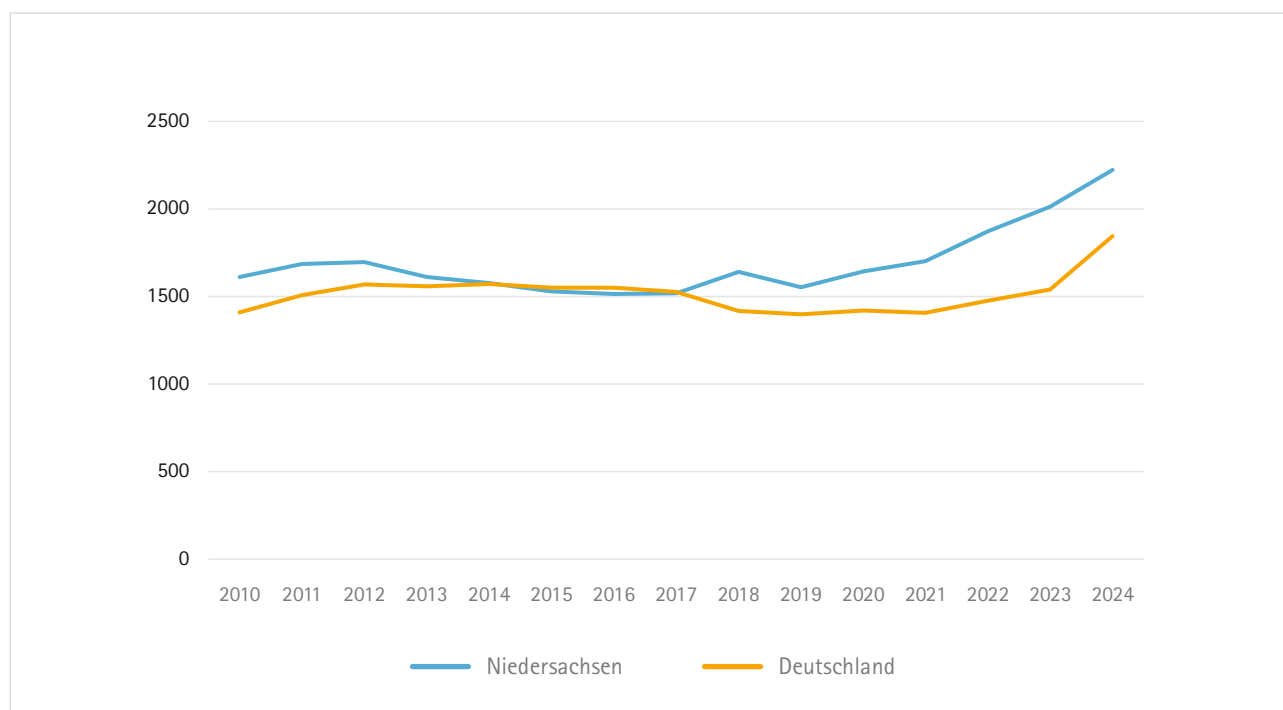
Wo der Schuh drückt:

Die Ergebnisse zeigen ein klares Bild: Die Herausforderungen lassen sich weder allein auf kommunaler Ebene noch ausschließlich durch Land und Bund lösen. Es besteht eine geteilte Verantwortung zwischen allen staatlichen Ebenen. Während Bund und Land die finanziellen und rechtlichen Rahmenbedingungen wesentlich prägen, liegt die konkrete Ausgestaltung wirtschaftsfreundlicher Strukturen vor Ort in der Verantwortung der Kommunen. Nur im Zusammenspiel aller Ebenen lassen sich tragfähige Lösungen entwickeln, die sowohl die kommunale Handlungsfähigkeit stärken als auch gute Standortbedingungen für Unternehmen sichern.





Hintergrund: Angespannte Kommunalfinanzen – in Niedersachsen und bundesweit



Schuldenstand der Kernhaushalte je Einwohner

Quelle: Statistisches Bundesamt, Landesamt für Statistik Niedersachsen

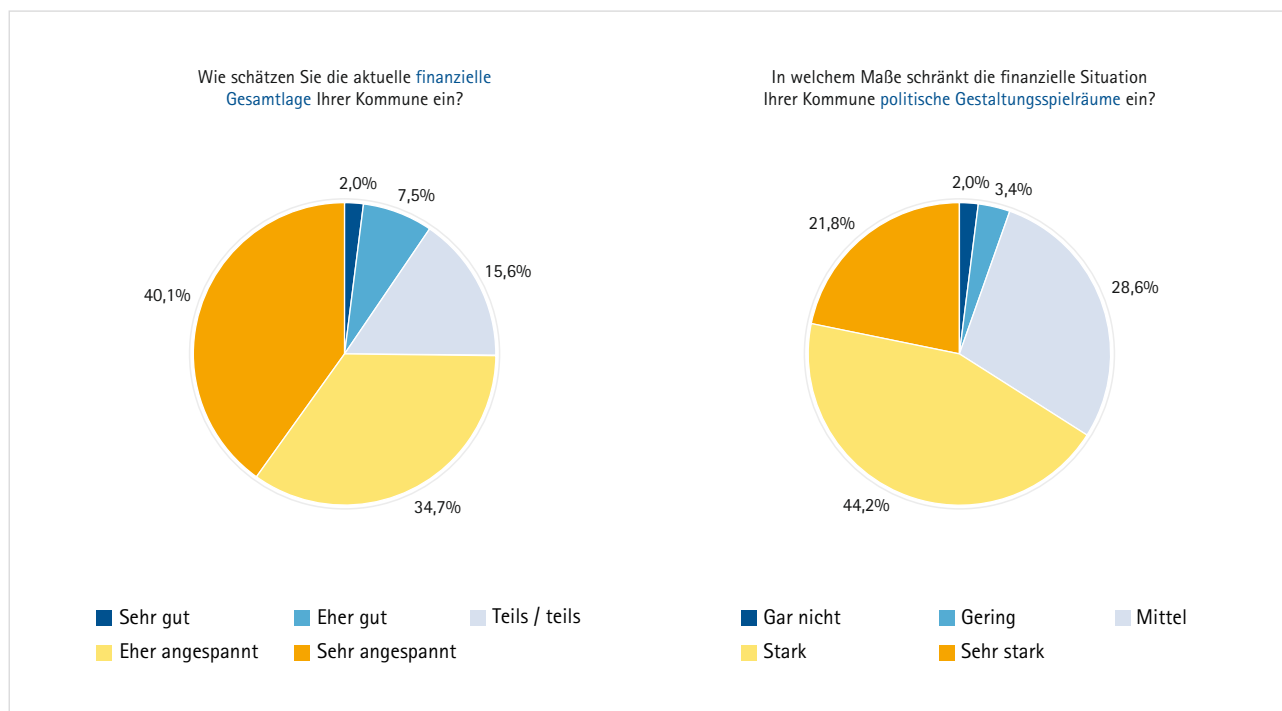
Bundesweit stehen die Kommunalfinanzen unter wachsendem Druck. Im Jahr 2025 verzeichnete die kommunale Ebene ein Defizit von rund 32 Mrd. Euro – der höchste Wert seit der Wiedervereinigung. Auch in Niedersachsen spitzt sich die Lage zu: Die Kommunen wiesen zuletzt ein Defizit von rund vier Milliarden Euro auf, während zentrale Ausgabenbereiche dynamisch wachsen – etwa die Jugendhilfe (+36 % zwischen 2020 und 2024) oder die Eingliederungshilfe (+56 %). Kommunale Spitzenverbände sprechen daher von einer strukturellen Haushaltskrise: Zusätzliche Aufgaben, steigende Standards und unzureichende Gegenfinanzierung erhöhen den Druck weiter. Parallel wirken langfristige Herausforderungen wie der demografische Wandel, der Einnahmen schwächt und zugleich zu höheren Ausgaben führt.

Gleichzeitig dazu zeigt sich die Entwicklung auch beim Schuldenstand der kommunalen Kernhaushalte je Einwohner. Zwischen 2019 und 2024 ist die Pro-Kopf-Verschuldung in Niedersachsen um 43,1 % gestiegen – von 1.553 Euro auf 2.223 Euro. Auch bundesweit ist ein deutlicher Anstieg zu beobachten (+32 %). Insgesamt wird deutlich: Anhaltende Defizite schlagen zunehmend in steigende Verschuldung um und verengen die finanziellen Spielräume der Kommunen.

Für Unternehmen ist diese Entwicklung unmittelbar relevant. Kommunen gestalten zentrale Standortbedingungen – etwa über Infrastruktur, Flächen, Genehmigungsverfahren sowie Steuern und Gebühren. Schrumpfende Spielräume bremsen Investitionen, verlängern Verfahren und erhöhen den Druck auf Unternehmen. Gleichzeitig stehen auch die Kommunen selbst in der Verantwortung, ihre Haushalte konsequent zu steuern und Mittel effizient einzusetzen. Vor diesem Hintergrund rücken die Kommunalfinanzen stärker in den Fokus: Sie prägen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vor Ort – und bilden die Grundlage für die folgenden Ergebnisse der Befragungen.



Kommunen unter Druck: Spielräume schrumpfen spürbar

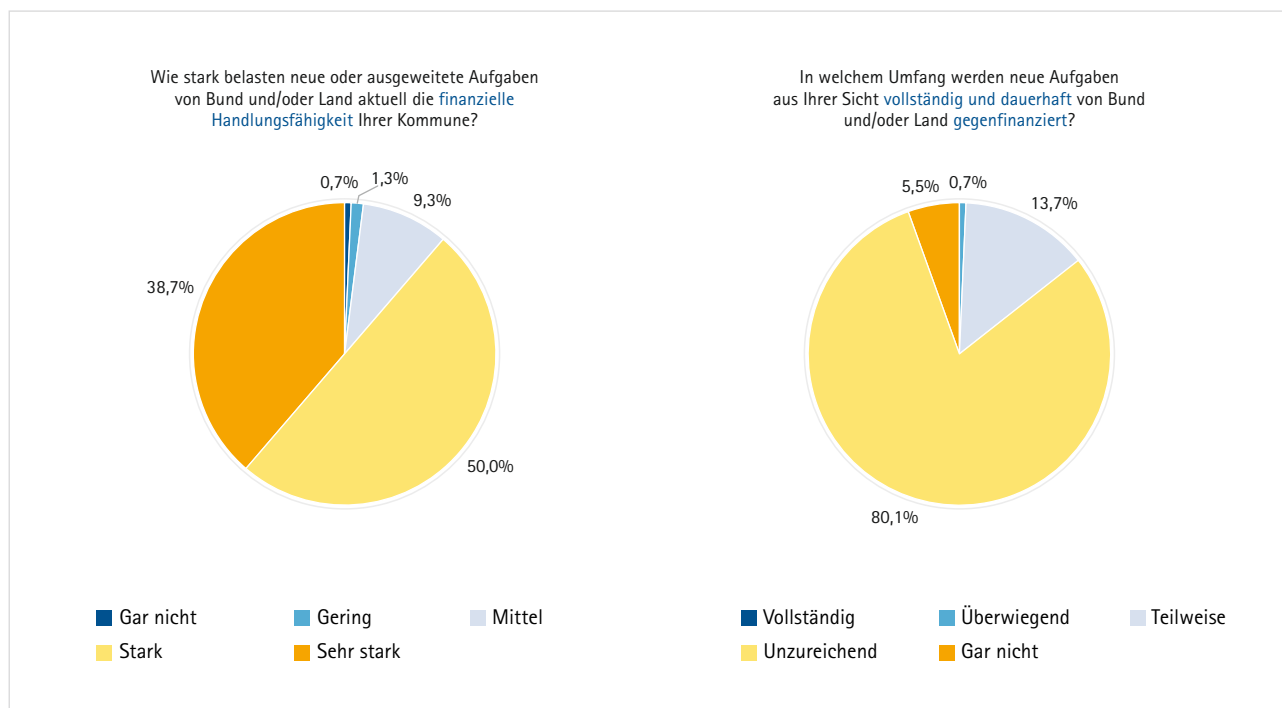


Finanzielle Lage und Handlungsspielräume der Kommunen

Quelle: Umfrage der IHKN, 2026

Aus Sicht der befragten Kommunen stehen die Haushalte unter massivem Druck – und mit ihnen die Möglichkeit, vor Ort aktiv zu gestalten. Rund drei Viertel der Kommunen bewerten ihre finanzielle Lage als angespannt, gleichzeitig berichten zwei Drittel von stark eingeschränkten politischen Handlungsspielräumen.

Die Ergebnisse der Befragung legen nahe, dass viele Kommunen ihre Rolle derzeit weniger aktiv steuernd als vielmehr reaktiv wahrnehmen. Eigene Schwerpunkte, strategische Investitionen oder wirtschaftspolitische Impulse geraten aus kommunaler Sicht zunehmend unter Druck.

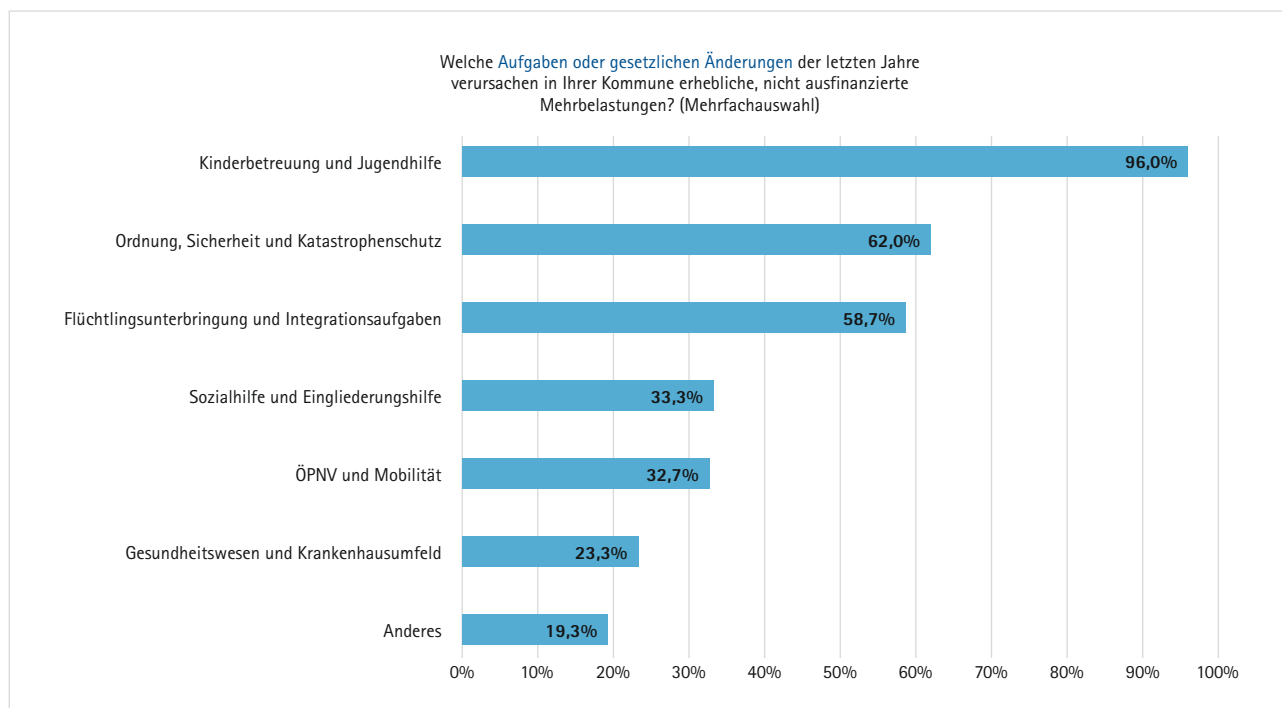


Belastung durch Aufgaben und deren Finanzierung aus kommunaler Sicht

Quelle: Umfrage der IHKN, 2026

Ein wesentlicher Grund für die angespannte Finanzlage vieler Kommunen sind aus ihrer Sicht neue und wachsende Aufgaben. Knapp 90 Prozent der Kommunen geben an, dass diese ihre finanzielle Handlungsfähigkeit stark belasten, gleichzeitig sehen über 85 Prozent hierfür keine ausreichende Gegenfinanzierung.

Aus Sicht der Kommunen liegen zentrale Ursachen für die angespannte Lage damit vielfach außerhalb der eigenen Einflussmöglichkeiten: Zusätzliche Aufgaben und steigende Standards wirken unmittelbar auf die Haushalte, während die Einnahmeseite nur begrenzt angepasst werden kann. In der Wahrnehmung vieler Kommunen entsteht so ein struktureller finanzpolitischer Druck.



Wesentliche Kostentreiber in den kommunalen Haushalten (Mehrfachauswahl möglich)

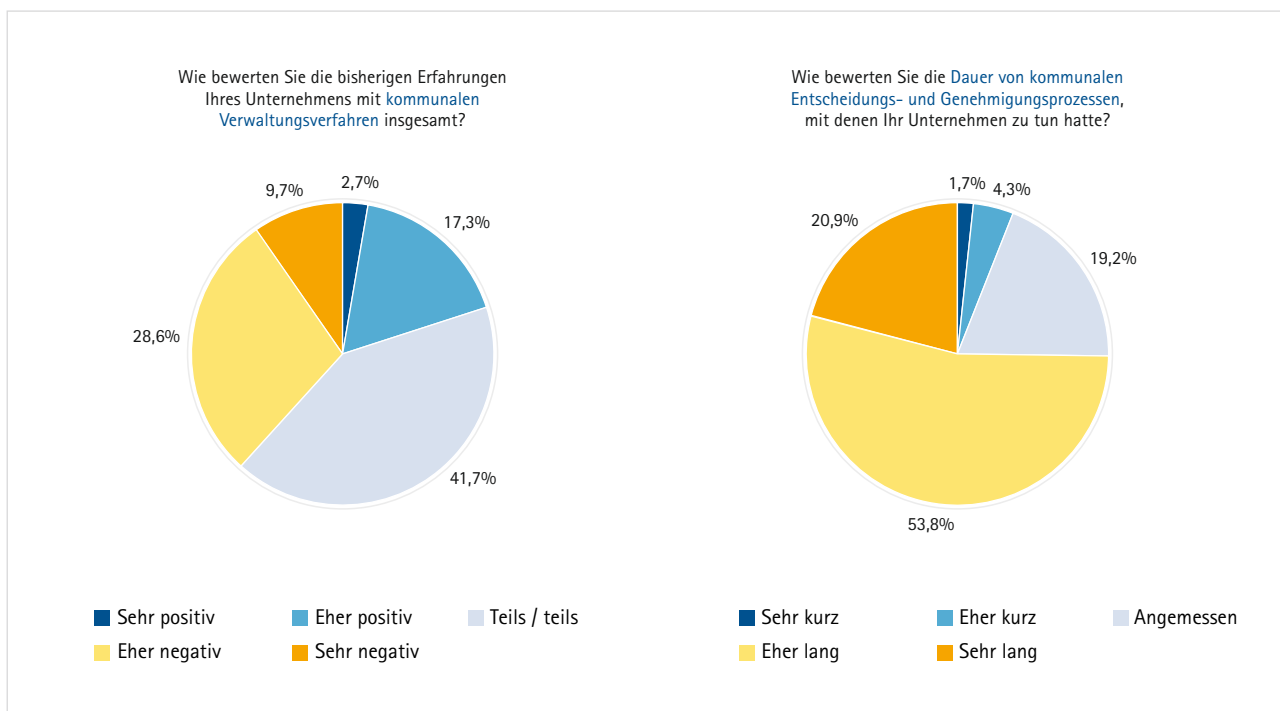
Quelle: Umfrage der IHKN, 2026

Hinzu kommt die Kostenstruktur: Die Belastungen konzentrieren sich nach Angaben der Kommunen auf zentrale Pflichtaufgaben der Daseinsvorsorge – insbesondere in der Kinderbetreuung und Jugendhilfe, aber auch in Bereichen wie Sicherheit, Katastrophenschutz und Integration.

Insgesamt zeigt sich aus kommunaler Sicht ein klares Muster: Die finanziellen Spielräume werden vor allem durch Aufgaben gebunden, die nur begrenzt vor Ort beeinflusst werden können. Handlungsspielräume werden damit enger – nicht primär aufgrund fehlender Prioritätensetzung, sondern aus Sicht der Kommunen vor allem aufgrund struktureller Rahmenbedingungen.



Unternehmensperspektive: Verwaltung, Digitalisierung und Förderstrukturen werden zum Standortfaktor



Erfahrungen von Unternehmen mit Verwaltungsverfahren und deren Dauer

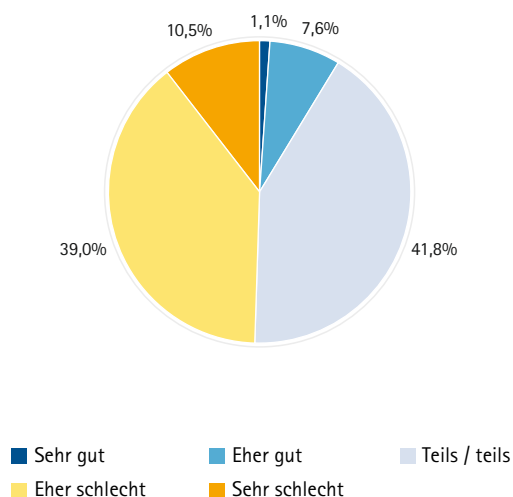
Quelle: Umfrage der IHKN, 2026

Aus Sicht der befragten Unternehmen erschöpfen sich die Herausforderungen nicht in der angespannten Finanzlage der Kommunen. Vielmehr erleben Betriebe die Leistungsfähigkeit der kommunalen Ebene unmittelbar im Verwaltungshandeln. Rund drei Viertel bewerten Entscheidungs- und Genehmigungsprozesse als eher lang oder sehr lang.

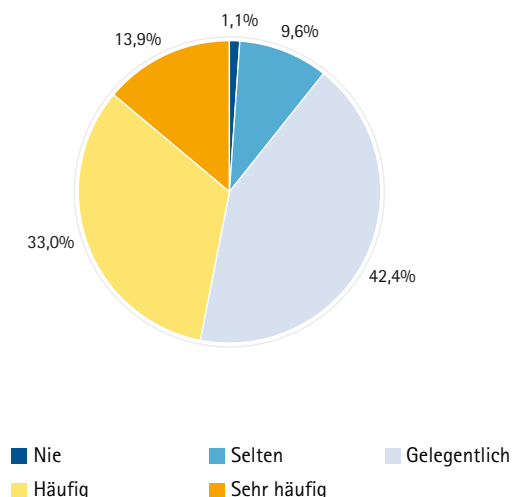
Damit wird die kommunale Verwaltung zu einem zentralen Einflussfaktor für die Standortqualität: Lange Verfahren erhöhen den administrativen Aufwand und beeinträchtigen Planbarkeit sowie Investitionssicherheit, sodass Investitionen, Erweiterungen oder Ansiedlungsvorhaben zunehmend schwer kalkulierbar werden. Verwaltungshandeln wirkt damit immer stärker als direkter Wettbewerbsfaktor.



Wie beurteilen Sie die digitalen Verwaltungsangebote Ihrer Kommune aus Unternehmenssicht?



Wie häufig erleben Sie bei kommunalen Verwaltungsprozessen Medienbrüche (z. B. Papierformulare, doppelte Dateneingaben)?



Bewertung digitaler Verwaltungsangebote und Auftreten von Medienbrüchen

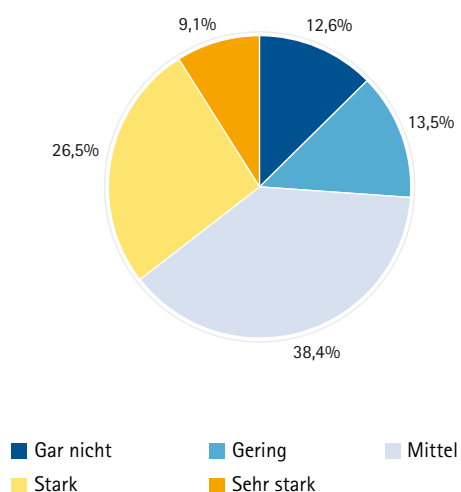
Quelle: Umfrage der IHKN, 2026

Digitale Verwaltungsangebote bleiben aus Sicht vieler Unternehmen hinter den Erwartungen zurück. Knapp die Hälfte der Unternehmen bewertet digitale Verwaltungsangebote als eher schlecht oder sehr schlecht. Gleichzeitig berichten rund 47 Prozent von häufigen oder sehr häufigen Medienbrüchen. Aus Unternehmenssicht sind digitale Angebote damit vielerorts noch nicht so gestaltet, dass sie Verfahren tatsächlich vereinfachen und beschleunigen.

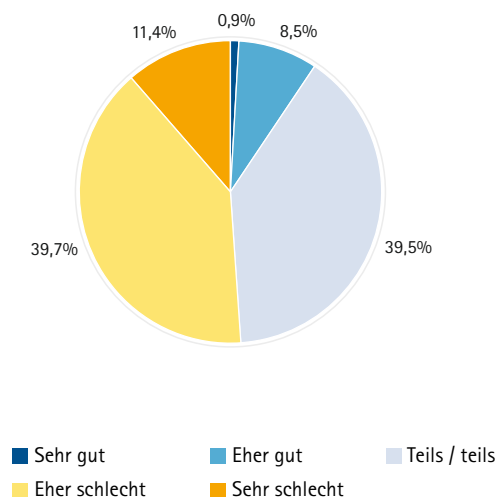
Die Ergebnisse verweisen auf ein zusätzliches Problem: Selbst dort, wo digitale Instrumente vorhanden sind, scheinen Prozesse oft nicht durchgängig organisiert zu sein. Papierwege, doppelte Dateneingaben oder parallele analoge Schritte erzeugen Aufwand, der aus Unternehmenssicht vermeidbar wäre. Auch hier rückt somit ein Faktor in den Vordergrund, der stärker in der kommunalen Ebene selbst liegt.



In welchem Umfang nehmen Sie wahr, dass Förderprogramme kommunale Investitionen verzögern oder verkomplizieren?



Wie bewerten Sie die Transparenz und Verständlichkeit kommunaler Förder- und Unterstützungsangebote aus Unternehmenssicht?



Wahrnehmung von Förderprogrammen und deren Verständlichkeit aus Unternehmenssicht

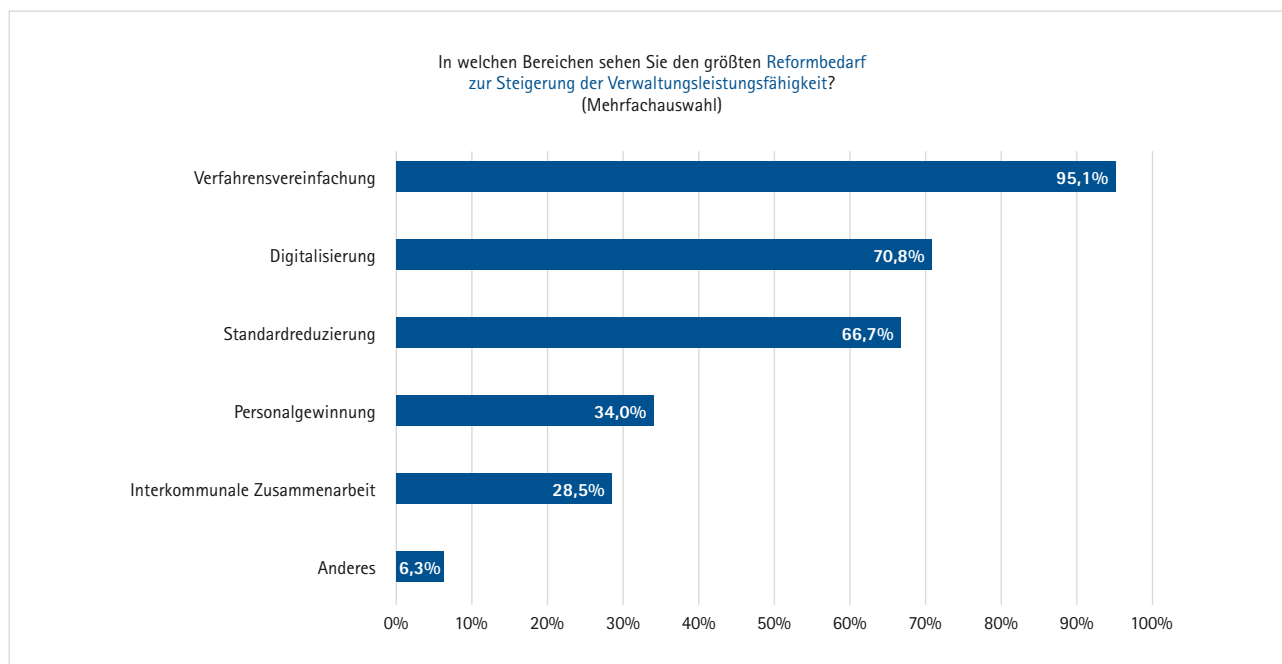
Quelle: Umfrage der IHKN, 2026

Auch bei Förderprogrammen fällt die Bewertung ernüchternd aus. Viele Unternehmen halten Transparenz und Verständlichkeit kommunaler Förder- und Unterstützungsangebote für unzureichend. Zudem wird ein Teil der Programme als investitionshemmend wahrgenommen, weil Verfahren komplex, langwierig oder schwer nachvollziehbar sind.

Damit zeigt sich aus Unternehmenssicht ein weiteres strukturelles Hemmnis: Förderinstrumente sollen Investitionen erleichtern, werden in der Praxis aber teilweise selbst zur Hürde. Neben fehlenden finanziellen Spielräumen der Kommunen geraten damit auch Ausgestaltung und Handhabung von Verfahren als Teil des Problems in den Blick.



Probleme erkannt: Verwaltung sieht selbst deutlichen Reformbedarf



Handlungsfelder zur Steigerung der Leistungsfähigkeit der Verwaltung (aus Sicht der Kommunen, Mehrfachauswahl möglich)

Quelle: Umfrage der IHKN, 2026

Die Ergebnisse der kommunalen Befragung zeigen, dass zentrale Herausforderungen auch innerhalb der Verwaltung klar benannt werden. Besonders häufig genannt werden Verfahrensvereinfachung, Digitalisierung und Standardreduzierung als Ansatzpunkte zur Steigerung der Leistungsfähigkeit. Allein die Vereinfachung von Verfahren wird von mehr als 95 Prozent der Kommunen als wichtiger Hebel gesehen.

Damit bestätigt sich ein wesentlicher Befund aus der Unternehmensperspektive: Komplexe Verfahren, unzureichend ausgestaltete digitale Abläufe und hohe Standards stellen auch aus Sicht der Kommunen zentrale Herausforderungen dar.

Gleichzeitig macht die Befragung deutlich, dass die Umsetzung entsprechender Reformen aus kommunaler Sicht begrenzt ist. Finanzielle Einschränkungen, Personalmangel und gesetzliche Vorgaben setzen enge Rahmenbedingungen für Veränderungen.



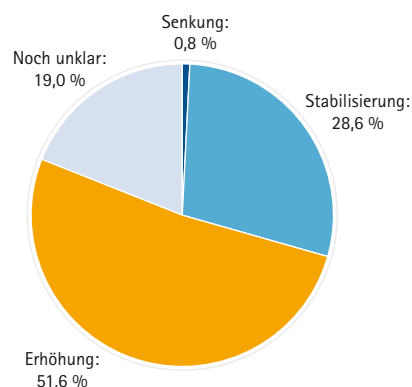
Folge I: Steigende Steuer- und Gebührenbelastungen zeichnen sich ab

Die angespannte Finanzlage der Kommunen dürfte sich zunehmend auf die Einnahmeseite auswirken. Mehr als die Hälfte der Kommunen geht davon aus, dass die Hebesätze bei Gewerbe- und Grundsteuer in den kommenden drei Jahren steigen werden.

Damit zeichnet sich aus Sicht der Kommunen eine Entwicklung ab, bei der zusätzliche finanzielle Anforderungen auch über höhere Abgaben aufgefangen werden könnten. Steigende Ausgaben, begrenzte Einnahmemöglichkeiten und eigene finanzpolitische Entscheidungen greifen hier ineinander.

Für Unternehmen wird die kommunale Finanzlage damit unmittelbar relevant: Steigende Hebesätze wirken direkt auf Kostenstrukturen und Wettbewerbsfähigkeit und machen aus einem haushaltspolitischen Thema einen konkreten Standortfaktor.

Wie werden sich aus heutiger Sicht die Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze in Ihrer Kommune in den kommenden drei Jahren entwickeln?



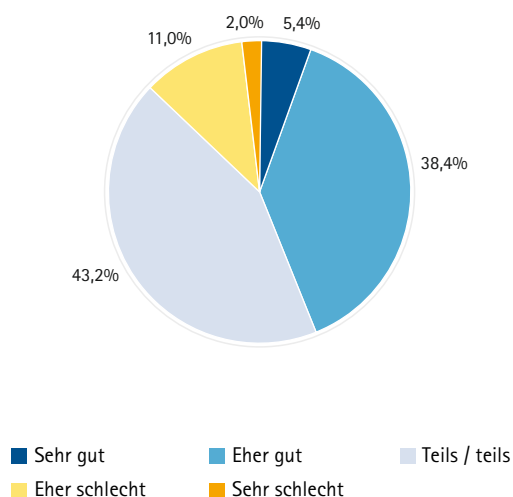
Erwartete Entwicklung der Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze in den kommenden drei Jahren

Quelle: Umfrage der IHKN, 2026

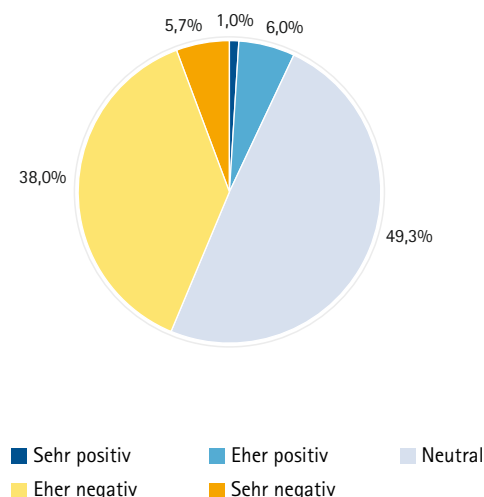




Kommunen: Wie bewerten Sie die aktuelle Steuer- und Gebührenstruktur Ihrer Kommune im Hinblick auf die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit des Standorts?



Unternehmen: Wie bewerten Sie die kommunale Steuer- und Gebührenbelastung im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?



Bewertung der Steuer- und Gebührenbelastung durch Kommunen und Unternehmen

Quelle: Umfrage der IHKN, 2026

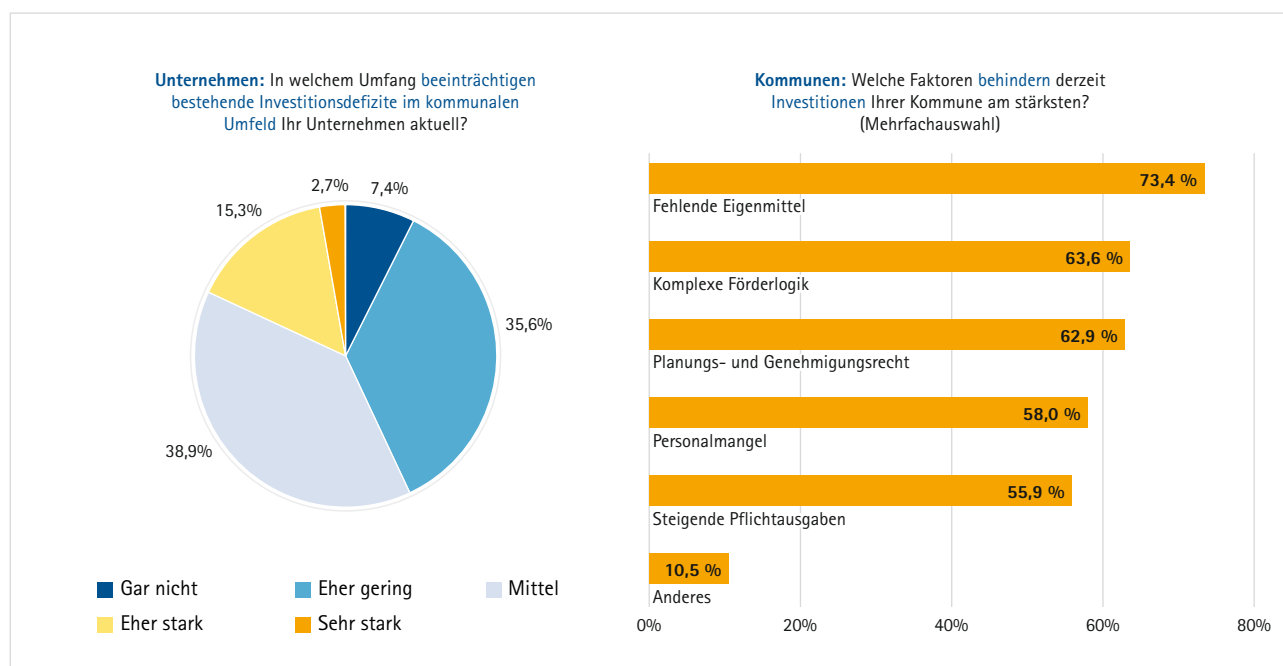
Diese Entwicklung trifft auf eine bereits kritische Bewertung durch die Unternehmen. Rund 44 Prozent beurteilen die kommunale Steuer- und Gebührenbelastung bereits jetzt als eher oder sehr negativ für ihre Wettbewerbsfähigkeit.

Gleichzeitig bewerten viele Kommunen ihre Abgabenstruktur als vertretbar und sehen Anpassungen vor allem als notwendige Folge externer Anforderungen.

Die differierenden Einschätzungen erzeugen ein strukturelles Spannungsfeld: Kommunen reagieren auf steigende Ausgaben mit höheren Einnahmen – Unternehmen erleben genau diese Entwicklung als wachsende Belastung und Standortnachteil. Treffen steigende Hebesätze auf eine bereits kritische Wahrnehmung, verstärkt sich der Druck aus Unternehmenssicht weiter.



Folge II: Investitionsspielräume werden enger



Investitionsdefizite aus Unternehmenssicht und zentrale Investitionshemmnisse aus kommunaler Sicht

Quelle: Umfrage der IHKN, 2026

Die angespannte finanzielle Lage der Kommunen wirkt sich nicht nur auf die Einnahmeseite, sondern zunehmend auch auf die Investitionstätigkeit aus. Begrenzte finanzielle Spielräume führen dazu, dass Investitionen häufiger priorisiert, verschoben oder nicht umgesetzt werden können.

Die Auswirkungen zeigen sich dabei nicht erst langfristig, sondern werden bereits im betrieblichen Alltag sichtbar: Etwa jedes sechste Unternehmen sieht sich durch Investitionsdefizite im kommunalen Umfeld beeinträchtigt – insbesondere in Bereichen wie Infrastruktur, Erreichbarkeit und wirtschaftsnahen Rahmenbedingungen.

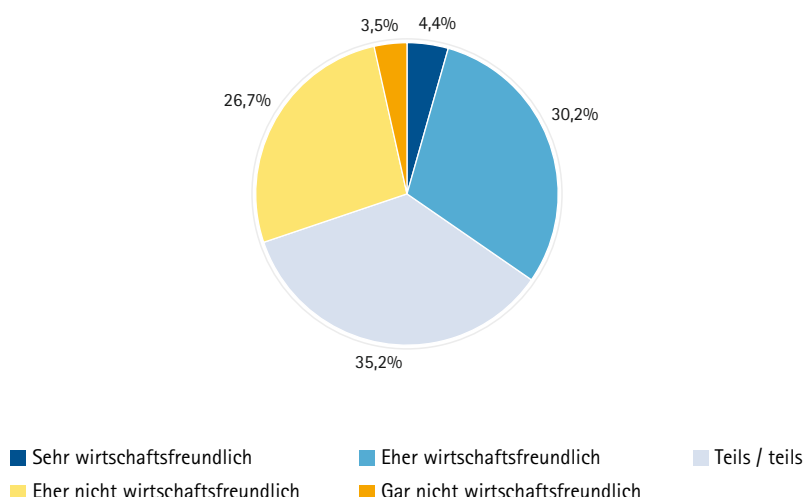
Gleichzeitig benennt die kommunale Seite zentrale Ursachen für die eingeschränkte Investitionstätigkeit. Neben fehlenden Eigenmitteln verweisen die Kommunen vor allem auf komplexe Förderstrukturen, rechtliche Vorgaben sowie personelle Engpässe.

In der Gesamtbetrachtung entsteht damit ein klares Bild: Investitionsdefizite sind Ausdruck sowohl begrenzter finanzieller Spielräume als auch struktureller und organisatorischer Rahmenbedingungen. Während Unternehmen die Folgen eines Investitionsrückstands zunehmend wahrnehmen, sehen sich Kommunen in der Umsetzung notwendiger Investitionen entsprechend eingeschränkt.



Fazit: Wirtschaftsfreundlichkeit bleibt ausbaufähig – Kommunen schöpfen Potenziale nicht aus

Wie wirtschaftsfreundlich handelt Ihre Kommune insgesamt?



Bewertung der Wirtschaftsfreundlichkeit der Kommunen aus Unternehmenssicht

Quelle: Umfrage der IHKN, 2026

Die Ergebnisse der beiden Umfragen zeigen ein klares Bild: Die angespannte Finanzlage der Kommunen wirkt sich zunehmend direkt auf die wirtschaftliche Entwicklung vor Ort aus. Steigende finanzielle Anforderungen treffen auf begrenzte Handlungsspielräume – mit spürbaren Folgen für Abgaben, Investitionen und die Leistungsfähigkeit der Verwaltung.

Für Unternehmen wird diese Entwicklung immer stärker zum Standortfaktor. Höhere Belastungen, verzögerte Investitionen und komplexe Verfahren wirken zusammen und beeinflussen Wettbewerbsfähigkeit und betriebliche Entscheidungen unmittelbar. Dabei bewertet mehr als ein Drittel der Unternehmen die Wirtschaftsfreundlichkeit der eigenen Kommune bereits heute als eher nicht oder gar nicht wirtschaftsfreundlich.

Gleichzeitig wird deutlich, dass die Herausforderungen nicht allein finanzieller Natur sind. Neben begrenzten Ressourcen tragen auch strukturelle Rahmenbedingungen – insbesondere Verfahren, Förderstrukturen und organisatorische Abläufe – wesentlich zur eingeschränkten kommunalen Leistungsfähigkeit bei.

In der Gesamtbetrachtung entsteht damit ein doppelter Druck: finanzielle Engpässe und strukturelle Hemmnisse verstärken sich gegenseitig – und werden zunehmend zum Risiko für die Standortqualität. Mit Blick auf die anstehenden politischen Entscheidungen – insbesondere im Kontext der Kommunalwahl 2026 – wird somit deutlich, dass eine strukturelle Klärung der Aufgaben-, Finanzierungs- und Reformfragen erforderlich ist.



Was ist zu tun?

Die Ergebnisse der Befragungen zeigen klar: Die aktuellen Herausforderungen der Kommunalfinanzen sind sowohl finanzieller als auch struktureller Natur. Eine nachhaltige Verbesserung kann daher nicht durch Einzelmaßnahmen erreicht werden, sondern erfordert eine grundlegende Neuordnung der Rahmenbedingungen.

Die Ergebnisse verdeutlichen zugleich, dass die Herausforderungen weder allein auf Landes- oder Bundesebene noch ausschließlich vor Ort gelöst werden können. Vielmehr besteht eine geteilte Verantwortung: Das Land bestimmt die finanziellen und regulatorischen Rahmenbedingungen, während die Kommunen diese konkret ausgestalten und umsetzen. Vor diesem Hintergrund werden die folgenden Handlungsempfehlungen bewusst nach Verantwortungsebenen strukturiert und um gemeinsame Handlungsfelder ergänzt. Im Mittelpunkt steht dabei die Frage, wie Kommunen wieder handlungsfähig werden – und gleichzeitig verlässliche Standortbedingungen für Unternehmen sichern können.

Aus Sicht der IHK Niedersachsen sind hierfür folgende Leitlinien essenziell:

Rahmenbedingungen verbessern



1. Konnexität konsequent umsetzen

Wer neue Aufgaben überträgt, muss sie auch vollständig finanzieren. Dieses Prinzip muss in der Praxis deutlich stringenter gelten als bisher. Zusätzliche Anforderungen – etwa in der Kinderbetreuung, bei sozialen Leistungen, Integration oder neuen Transformationsaufgaben – dürfen nicht dazu führen, dass Kommunen ihre Haushalte nur noch verwalten, Investitionen verdrängen oder die Belastungen vor Ort weiter steigen. Konnexität muss deshalb nicht nur als Grundsatz benannt, sondern mit einem verbindlichen und dauerhaften Kostenausgleich hinterlegt werden.

Das gilt insbesondere für Aufgaben mit Dauercharakter. Solche Aufgaben gehören nicht in befristete Förderprogramme, sondern in die Regelfinanzierung. Wo Bund oder Land dauerhaft Leistungen erwarten, braucht es entweder eine fachgesetzlich abgesicherte Finanzierung oder verlässliche, zweckgebundene Zuweisungen, die den Kommunen zugleich genügend Flexibilität bei der Umsetzung lassen. Daueraufgaben über Projektförderung abzuwickeln, bindet unnötig Personal, verzögert Entscheidungen und verschärft die Engpässe in den Verwaltungen zusätzlich.

Die jüngste Verständigung von Bund und Ländern zur stärkeren Orientierung an der Veranlassungskonnexität ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Sie kann jedoch nur ein erster Baustein sein. Entscheidend wird sein, dass zusätzliche Belastungen der Kommunen dauerhaft und verlässlich ausgeglichen werden und auch bestehende strukturelle Finanzierungsdefizite angegangen werden.

2. Kommunale Finanzausstattung strukturell verbessern

Kommunen brauchen eine Finanzbasis, die nicht nur das kurzfristige Schließen von Haushaltslücken ermöglicht, sondern verlässlich Planung, Investitionen und eigene Schwerpunktsetzungen trägt. Dafür reicht es nicht, punktuell Programme aufzulegen oder im Krisenfall Sonderhilfen nachzuschieben. Notwendig ist eine strukturelle Verbesserung der kommunalen Einnahmeseite – etwa über eine stärkere Beteiligung der Kommunen an öffentlichen Steuereinnahmen, eine Anpassung der Schlüsselzuweisungen sowie einen Finanzausgleich, der wirtschaftsfreundliche Hebesätze nicht bestraft.

Genauso wichtig ist, die kommunale Finanzierungsstruktur insgesamt planbarer und weniger verzerrungsanfällig zu machen. Dazu gehört, Fehlanreize im Finanzausgleich abzubauen, die Hebesatzspiralen befördern, sowie langfristig die Einnahmebasis breiter und stärker ertragsbezogen auszurichten. Eine Kommunalfinanzierung, die immer wieder über steigende Realsteuern, Gebühren oder Sonderabgaben stabilisiert werden muss, schwächt auf Dauer die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts und verengt die politischen Handlungsspielräume vor Ort.



Handlungsspielräume nutzen



3. Haushalte stärker über die Ausgabenseite stabilisieren

Eine nachhaltige Sanierung kommunaler Haushalte kann nicht vor allem über höhere Abgaben gelingen. Sie muss stärker als bisher an der Ausgabenseite ansetzen. Dafür braucht es eine systematische Aufgaben- und Ausgabenkritik: Welche Leistungen sind zwingend, welche Standards sind sachgerecht, wo haben sich Anforderungen verselbständigt und wo lassen sich Prozesse wirtschaftlicher organisieren? Wer kommunale Handlungsfähigkeit stärken will, muss auch den Mut haben, Aufgabenumfang und Erfüllungsstandards regelmäßig zu überprüfen.

Dabei reicht pauschales Sparen nicht aus. Erforderlich ist eine ziel- und wirkungsorientierte Haushaltsführung, die Ressourcen an klaren Prioritäten und messbaren Ergebnissen ausrichtet. Hilfreich sind dafür verbindliche Kennzahlen, interkommunale Vergleiche und Benchmarks, mit denen sichtbar wird, wo Leistungen effizient erbracht werden und wo wirtschaftliche Reserven bestehen. Haushaltskonsolidierung darf nicht nur in Haushaltssicherungssituationen beginnen, sondern muss als laufende Führungsaufgabe verstanden werden.

4. Verwaltung modernisieren, Verfahren beschleunigen

Leistungsfähige Kommunen brauchen nicht nur Geld, sondern auch effizientere Strukturen. Planungs-, Genehmigungs- und Förderverfahren müssen deutlich einfacher, schneller und digitaler werden. Dabei reicht es nicht, analoge Abläufe lediglich elektronisch abzubilden. Digitalisierung muss mit echter Prozessreform verbunden werden: weniger Verfahrensschritte, weniger Medienbrüche, klarere Zuständigkeiten und stärker standardisierte Abläufe. Erst dann kann digitale Verwaltung ihre entlastende Wirkung für Unternehmen und Investitionen tatsächlich entfalten.

Dazu gehört auch, die Verwaltungsorganisation insgesamt stärker auf Effizienz auszurichten. Interkommunale Zusammenarbeit, gemeinsame Standards, digitale Shared Services und ein konsequenter Abbau von Doppelzuständigkeiten bieten hierfür konkrete Hebel. Gerade dort, wo Fachkräfte fehlen und die Anforderungen steigen, muss die öffentliche Hand stärker in vernetzten Strukturen denken. Verwaltungsmodernisierung bedeutet deshalb nicht nur technische Aufrüstung, sondern organisatorische Neuaufstellung.

Gemeinsame Verantwortung



5. Steuer- und Abgabenbelastung für Unternehmen begrenzen

Kommunale Finanzprobleme dürfen nicht dauerhaft über steigende Gewerbe- und Grundsteuerhebesätze oder zusätzliche finanzielle Belastungen für Unternehmen gelöst werden. Gerade in wirtschaftlich angespannten Zeiten verschärfen zusätzliche Belastungen den Druck auf Investitionen, Wettbewerbsfähigkeit und Standortentscheidungen. Deshalb sollten steuerliche Belastungen die wirtschaftliche Tragfähigkeit des Standorts und die Leistungsfähigkeit der Unternehmen berücksichtigen – nicht allein kurzfristige Haushaltsbedarfe.

Konkret heißt das auch: Neue kommunale Sonderabgaben – etwa auf Verpackungen oder Übernachtungen – sollten unterbleiben, wenn sie vor allem Bürokratie schaffen, aber nur geringe Lenkungswirkung entfalten. Auch im bestehenden System müssen Fehlanreize reduziert werden. Finanzausgleichsmechanismen dürfen Kommunen nicht indirekt zu höheren Hebesätzen drängen. Haushaltskonsolidierung über immer höhere Steuer- und Abgabenlasten löst keine Strukturprobleme, sondern verschiebt sie in den Standortwettbewerb.



6. Investitionen verbindlich priorisieren und verlässlich finanzieren

Kommunale Investitionen dürfen nicht länger die variable Größe im Haushalt sein. Wer in Straßen, Gewerbegebiete, digitale Netze, Energieinfrastruktur, Wärmeversorgung, Bildung, Mobilität oder Klimafolgenanpassung nicht investiert, verschlechtert die Standortbedingungen direkt. Investitionen müssen deshalb politisch und haushaltssystematisch Vorrang erhalten – nicht erst dann, wenn nach den Pflichtaufgaben noch Spielräume übrig bleiben. Die Zukunftsfähigkeit von Standorten hängt entscheidend davon ab, dass Kommunen ihre Infrastruktur erhalten, modernisieren und an neue Anforderungen anpassen können.

Dafür braucht es konkrete Instrumente: investitionsorientierte Zuweisungen, kommunale Infrastruktur- und Investitionsfonds sowie eine Mittelverteilung, die sich stärker an tatsächlichem Bedarf orientiert. Zusätzliche Mittel sollten nicht im allgemeinen Haushaltsvollzug versickern, sondern erkennbar in Zukunftsinvestitionen fließen. Gerade bei Wärmeplanung, Strom- und Wasserstoffinfrastruktur, ÖPNV, Ladeinfrastruktur oder digitaler Verwaltung entstehen auf kommunaler Ebene hohe Vorleistungen, ohne die private Investitionen vielfach gar nicht möglich sind. Wer Transformation will, muss Kommunen zum Investieren befähigen.

7. Förderwesen grundlegend vereinfachen und neu ordnen

Das bestehende Fördersystem ist zu kleinteilig, zu unübersichtlich und zu personalintensiv. Viele Kommunen scheitern nicht am fehlenden Willen zum Investieren, sondern an komplizierten Anträgen, langen Bewilligungszeiten, unklaren Zuständigkeiten und hohem Nachweisaufwand. Deshalb muss das Förderwesen grundlegend vereinfacht werden: weniger Einzelprogramme, mehr Bündelung, mehr Pauschalierung und deutlich mehr Vertrauen in die kommunale Eigenverantwortung. Fördermittel müssen schneller, planbarer und mit geringerem Verwaltungsaufwand vor Ort ankommen.

Konkret heißt das: Daueraufgaben aus der Förderlogik herauslösen, Förderprogramme mit ähnlichen Zielen zusammenführen, Eigenanteile flexibler gestalten und mehrjährige Maßnahmen auch mehrjährig bewilligen. Hinzu kommt die Notwendigkeit einer durchgängigen Digitalisierung des Förderprozesses – von der Suche über Antrag, Bewilligung und Auszahlung bis zum Nachweis.

8. Kleine und finanzschwache Kommunen gezielt befähigen

Reformen dürfen nicht nur dort wirken, wo bereits ausreichend Personal und finanzielle Spielräume vorhanden sind. Gerade kleinere und finanzschwächere Kommunen haben oft die größten Probleme, Fördermittel zu nutzen, Projekte zu planen oder zusätzliche Anforderungen zu bewältigen. Deshalb braucht es Instrumente, die gezielt diese Kommunen befähigen – etwa durch bedarfsgerechtere Mittelverteilung, abgesenkte oder flexiblere Eigenanteile, stärkere Beratung und niedrigschwellige Unterstützungsangebote entlang des gesamten Förder- und Investitionsprozesses.

Wichtig ist dabei, dass Mittel nicht schematisch, sondern stärker nach Problemlage, Investitionsrückstand und Leistungsfähigkeit verteilt werden. Wenn sich staatliche Unterstützung zu stark an formalen Strukturen statt am tatsächlichen Bedarf orientiert, verfestigen sich bestehende Unterschiede weiter. Ziel muss deshalb sein, Kommunen mit besonderem Unterstützungsbedarf nicht nur zu versorgen, sondern tatsächlich in die Lage zu versetzen, investiv, wirtschaftsfreundlich und zukunftsorientiert zu handeln.

Fokus Niedersachsen

Unser Blickpunkt auf die Wirtschaft

August 2026

Ihre Ansprechperson:

Frank Hesse

Sprecher Wirtschaftspolitik und Mittelstand

IHK Niedersachsen (IHKN)

Bischofsholer Damm 91
30173 Hannover

Telefon 0541 353 110

Telefon 0511 920 901 10

E-Mail hesse@osnabrueck.ihk.de
info@ihk-n.de

Web www.ihk-n.de

Titelfoto: ©Urheber: Shutterstock / sasirin pamai
Seite 1: ©Urheber: Shutterstock / sondem
Seite 10: ©Urheber: Shutterstock / hxdbzxy

Die IHK Niedersachsen ist die Landesarbeitsgemeinschaft der IHK Braunschweig, IHK Elbe-Weser, IHK Hannover, IHK Lüneburg-Wolfsburg, Oldenburgischen IHK, IHK Osnabrück – Emsland – Grafschaft Bentheim sowie IHK für Ostfriesland und Papenburg. Sie vertritt mehr als 530.000 gewerbliche Unternehmen gegenüber Politik und Verwaltung.

Der Fokus Niedersachsen erscheint in regelmäßigen Abständen zu aktuellen Themen aus Wirtschaft und Politik und steht unter: www.fokus-niedersachsen.de auch zum Download zur Verfügung.

Bitte beachten: Zur besseren Lesbarkeit wird in dieser Publikation auf die geschlechtsspezifische Differenzierung verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten im Sinne der Gleichbehandlung für alle Geschlechter.



Fokus Niedersachsen

Kommunalfinanzen 2026



IHK Niedersachsen (IHKN)

Bischofsholer Damm 91
30173 Hannover

Telefon 0511 920 901 10

E-Mail noske@ihk-n.de
info@ihk-n.de

Web www.ihk-n.de